

Entwicklungsländer und Welthandel

Das Streben der afro-asiatischen Nationen nach Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der hochindustrialisierten Länder des Westens ist mit politischen Forderungen unlösbar verbunden. Dies macht des Problem der „unterentwickelten Länder“ noch komplexer als es vom wirtschaftlichen, speziell vom monetären Aspekt her schon ist.

In Europa glaubte man in der soviel diskutierten Konferenz von Bandung den Auftakt eines neuen geschichtlichen Abschnittes zu sehen. Sicher war dieses Ereignis bedeutend, denn so viele Köpfe und Meinungen sich hier auch trafen, in der Opposition gegen die Vorherrschaft Europas und des Westens war man sich ebenso einig wie in dem Wunsch nach sozialem Fortschritt. Die Anfänge des politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeitsstrebens reichen indessen weiter zurück, und sie sind bisher kaum zusammenfassend betrachtet worden. Sie lassen sich zurückverfolgen bis in die Tage des russisch-japanischen Krieges, der den Asiaten zum ersten Male anschaulich zeigte, daß eine europäische Großmacht kläglich versagen konnte. Der erste Weltkrieg, aus dem die Westmächte noch einmal scheinbar gefestigt hervorgingen, hat dann den teilnehmenden Marokkanern, Indern und anderen Asiaten und Afrikanern durch das eigene Erlebnis den europäischen Bruderkrieg demonstriert und alle Schwächen der weißen Beherrscher erbarmungslos enthüllt. Damit sollte die Legende von der Vernunft des als unabänderlich hingenommenen Lebenszustandes der afro-asiatischen Länder weitgehend erschüttert werden, und wer während des zweiten Weltkrieges Gelegenheit hatte, die fremdsprachigen Sendungen des japanischen Rundfunks zu verfolgen, konnte über die Konsequenzen des Geschehens kaum im unklaren sein.

Wie immer man zu diesen Dingen stehen mag, so ist es jedenfalls nicht tragbar, daß vier Fünftel der Menschheit mit einem Zehntel des Welternährungsanteils auskommen müssen. Die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder sind zugleich sozial und in ihren Produktionsverhältnissen zurückgeblieben. Dies bedeutet konkret: die Übermacht der Natur über den Menschen, die extreme Verschwendung menschlicher Zeit und Arbeitskraft infolge ungenügender Organisation und spärlichen Gebrauchs von mechanischen Hilfsmitteln.

Wohl läßt sich eine Verbesserung der Lebensbedingungen im großen und ganzen feststellen, und in einzelnen Staaten, wie beispielsweise in Indien, ist auch die Ernährung der stets wachsenden Bevölkerung schon in ausreichendem Maße gesichert; aber gemessen an dem weiten Abstand, den die großen Industrienationen inzwischen gewonnen haben, ist die Zuwachsrate der wirtschaftlich entwicklungsbedürftigen Länder, im Durchschnitt 6 bis 7 vH, im Verhältnis zum „Nachholbedarf“ bescheiden, und es besteht auch wenig Hoffnung, diese Kluft in den nächsten Jahrzehnten zu überbrücken. Die Gründe hierfür sind recht unterschiedlich. Der Stand der Bildung und der technischen Schulung ist niedrig; das private Kapital fließt nicht von selbst in die Entwicklungsräume, denn es findet in den Industrieländern rentablere Anlagemöglichkeiten, ohne dabei das Risiko der Entwicklungsgeschäfte zu wagen.

Gemeinsam ist den meisten dieser Länder, daß sie Rohstoffherzeuger sind oder ihren Schwerpunkt in der Landwirtschaft haben. Aber auch der Rohstoffsegen verteilt sich ungleich. Soweit die Länder über ergiebige und begehrte Rohstoffquellen verfügen, sind sie durchaus in der Lage, eine Initialzündung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung selbst durchzuführen. Dann fehlt es jedoch meist an der Umsicht und am Weitblick der Exekutive, wie etwa in einzelnen arabischen Monarchien, diesen Reichtum zu nutzen und vor allem auf dem Sektor der Schulung von Arbeitskräften die notwendigen Voraussetzungen für die weitere Erschließung zu schaffen.

Von der Rohstoffherzeugung zur Industrieherzeugung

Die Ausfuhr von Rohstoffen schien in der Zeit der starken Rohstoffverteuerung die Quelle eines gewissen Wohlstandes zu werden. Man glaubte lange an die These, daß es diesen Ländern um so besser gehen würde, je mehr sie nach ihrer politischen Verselbständigung den bisherigen Vorrang der Rohstoffherzeugung beibehalten würden. Die begrenzte Gültigkeit dieser Gedanken läßt sich jedoch erkennen, wenn man beachtet, daß die Rohstoffpreise seit Kriegsende nicht mehr wesentlich gestiegen sind und heute schon eine rückläufige Tendenz zeigen. Die Löhne in den Rohstoffländern selbst und die Industriegüter haben einmal erheblich angezogen, zum anderen hinkt der Rohstoffverbrauch hinter der industriellen Expansion der Welt sehr erheblich nach. Rohstoffe sind nicht mehr so begehrt, und was die Rohstoffländer überhaupt an Preisen in Devisen gewonnen haben, müssen sie, namentlich im Bergbau, wegen schwindender Mengen an Umsatz wieder verlieren. Die Quellen des Wohlstandes verlagern sich in zunehmendem Maße auf Industrie, Technik und wissenschaftliche Veredelung. Gerade auf diesen Gebieten hat der Austausch zwischen Industrieländern und Entwicklungsgebieten im ganzen gesehen nachgelassen. Auch werden die Industrieländer mehr und mehr zu ihren eigenen Rohstoffherzeugern; hohe technische Entfaltung findet auch neue Wege zur Steigerung heimischer Rohstoffquellen, ohne dabei Autarkiebestrebungen zu verfolgen. Die gewandelten politischen Verhältnisse der Rohstoffländer, Unsicherheit und Unstetigkeit, teilweise auch Unzuverlässigkeit der Kontrahenten selbst sind die Gründe. Die Anklage an die Adresse der jungen Länder ist kaum zu überhören. Die starke Rationalisierung der Industrieländer bedingt ebenfalls eine wesentliche Rohstoffersparnis; betrug der Rohstoffanteil am Bruttowert der Industrieherzeugung vor dem letzten Krieg noch ein Viertel, so ist er heute auf ein Sechstel gesunken, und

die in der Fabrikation frei werdenden Kunststoffe machen die Industrieländer mehr und mehr unabhängig. Hält nun aber der Trend zu den Kunststoffen in gleichem Tempo an, so ist sogar ein absoluter Rückgang der Rohstoffkäufe absehbar.

Erschwerend wirkt ferner, daß die Urproduktion der jungen Länder vielfach mit ihrem wachsenden Eigenbedarf nicht mitkommt, vor allem nicht in der Landwirtschaft; ihre Intensivierung kann nur die Produktionslage bis zu einem gewissen Grade verbessern, von einem bestimmten Niveau an braucht gerade sie hochwertige Industriegüter, wie Traktoren und Transportmittel, Bewässerungs- und Verarbeitungsanlagen, die auf die Dauer nicht aus dem Ausland bezogen werden können. Denn wie die Passivtendenz im Außenhandel steigt, so erhöht sich nur mit wenigen Ausnahmen der Import einzelner Güter, besonders landwirtschaftlicher Maschinen.

Welthandel und Weltindustrieproduktion waren seit sieben Jahren im ganzen gesehen gleich stark, im Steigen begriffen; im gleichen Maße ist jedoch der Anteil der Rohstoffländer trotz aller Bemühungen zurückgegangen.

Zentrale Erschließung, nicht private Einzelaktion

Zahlreiche Gründe verstärkten die Entflechtung von reichen und armen Ländern, namentlich dort, wo es sich um früher abhängige Kolonial- und Mandatsgebiete handelt. In der Kolonialzeit versprochen nur ergiebige Rohstoffquellen hohe Renditen, und damit wurden vereinzelt Objekte inmitten eines nahezu unerschlossenen Gebietes genutzt. Die Entfaltung erfolgte gleichsam von außen her. Lediglich die notwendigsten Fertigungsbetriebe und die Nahrungsmittelerzeugung und -Verarbeitung waren noch von gewisser Bedeutung, stets war für die Entwicklung nur die Rentabilitätsrechnung der Industrieländer ausschlaggebend. Die Schutzstaaten garantierten den politischen Status und gewährten Rechtssicherheit, die das Kapital schützte. Wohl hat dieses System die Länder entscheidend gefördert, aber keinem hat es zur vollen Entfaltung verholfen.

Aus all dem ergibt sich die wachsende Einfuhrabhängigkeit, der durch größere Exportleistungen der eigenen Produktion sowohl im Umfang wie in der Kostenstruktur begegnet werden müßte. Es hat nichts mit Protektionismus oder Autarkiestreben zu tun, wenn die jungen Länder ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht erhöhen. Die Neigung zum freien Handel ist in allen Entwicklungsländern vorhanden, und seitens dieser Staaten sind Zölle und Restriktionen bei den benötigten Gütern stark, zum Teil sogar einseitig abgebaut worden, ohne die Möglichkeiten des GATT auszuschöpfen.

Die zunehmende Entflechtung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist strukturell zu erklären und durch den wachsenden Abstand der Produktivität beider Gruppen gekennzeichnet. Die moderne technische Entwicklung steigert die Produktivität aller Zweige innerhalb der Industrieländer und hebt so das frühere mehr auf natürlichen Unterschieden des Bodenreichtums, der Spezialisierung und der Arbeitsintensität gegründete Handelsgefälle jetzt schon auf. Die wachsende Verflechtung des Handels der Industrieländer beruht auf der zunehmenden Produktivität und Arbeitsteilung. Für die betroffenen Länder erwächst daraus der Zwang zu eigener vielseitiger Entfaltung, vor allem durch Verbesserung der Fertigungsmethoden und Aneignung höheren technischen Wissens.

Das bedeutet, daß neue Kraftfelder neben den Industrieländern entstehen, mit neuem Gefälle in sich selbst. Mit anderen Worten: Die bestehende Arbeitsteilung zwischen reichen und armen Ländern reicht zu einer weltwirtschaftlichen Entwicklung ohne Störungen nicht aus. Erst wenn der geringen Produktionsausweitung in den jungen Ländern selbst Abhilfe geschaffen wird, kann dieser Raum für die Industrieländer interessant werden. Das bedeutet nicht, daß neue Industrien aus einem Gemisch von Protektionismus, Korruption oder durch Abwehr ausländischer Lieferanten künstlich am Leben gehalten werden, doch läßt es sich nicht vermeiden, daß aufkeimende Industrien und Wirtschaftskraftfelder ihre

eigene Entwicklung nehmen müssen. Sie müssen aber von Anfang an zum Leistungsethos erzogen werden, um anfänglich gewährte Hilfestellungen in absehbarer Zeit überflüssig zu machen.

Der Vorrang des sozialistischen Wirtschaftssystems

Die wirtschaftliche Entfaltung und Entwicklung der afro-asiatischen Länder wird oft mit der Industrialisierung Westeuropas und der Vereinigten Staaten verglichen. Dies kann nur in bezug auf das Ziel sinnvoll sein. Denn Europa und die USA konnten ihre Industrialisierung mit einer erheblichen Kapitalreserve und einer stetig wachsenden Kapitalbildung neben einem starken Bevölkerungswachstum, neu erschlossenen Rohstoffquellen sowie einem außerordentlich vielseitigen und schnellen technischen Fortschritt einleiten. Es trafen also, vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt gesehen, außerordentlich günstige Momente zusammen. Auch ließ sich bereits von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an eine Kapitalbildung von annähernd 15 bis 20 vH des gesamten Nationaleinkommens für die Industrialisierung auswerten. Die Situation in den afro-asiatischen Ländern ist im Gegensatz hierzu wesentlich schwieriger, beträgt doch dort die Kapitalbildung nur zwischen 2 und 6 vH. Diese Beträge gestatten nicht annähernd eine Kapitalbildung für die Industrie.

Wohl hat die Sowjetunion in ihren Fünf jahresplänen hohe Investitionen durchsetzen können, aber den afro-asiatischen Ländern außerhalb des Ostblocks fehlt hierzu der Zwang. Sowohl die USA als auch damals noch Europa waren im Verhältnis zur Bodennutzung und den vorhandenen Bodenschätzen unterbevölkert. Dies trifft weitgehend heute noch für Kanada zu, in sehr bescheidenem Maße auch noch für Lateinamerika; wesentlich ungünstiger sind die Verhältnisse in Südostasien.

Die westliche Praxis läßt sich nicht ohne weiteres übertragen. Sie erwuchs aus dem Bestreben nach Einsparung von Menschen durch Kapital, während die Entwicklungsländer nur Kapital durch produktive Menschen ersetzen können. Damit dürfte die Kernfrage des Problems berührt sein. Es ist unrealistisch, annehmen zu wollen, daß im Zeitalter der Automatisierung in Europa und Nordamerika, die verbunden ist mit einem ungeheuren Kapitalbedarf der einzelnen Gewerbezweige, noch nennenswerte Kapitalsummen in Form von langfristigen Krediten oder gar Investitionen verfügbar gemacht werden könnten. Es hieße an den Dingen vorbeireden, wollte man annehmen, daß 200 Mrd. Dollar in einem Jahrzehnt, die sooft in diesem Zusammenhang als Investitionsbedarf allein für Südostasien genannt werden, zu realisieren sind. Diese Überlegungen scheiden aus monetären Erwägungen von selbst aus. Es ist tragisch, daß das Problem der Rüstung auch ein konkurrierender Faktor ist. In einem Augenblick, in dem die entwicklungsbedürftigen Länder geradezu nach Hilfe schreien, werden Milliarden in einem Rüstungswettlauf angelegt.

Die Übertragung des marktwirtschaftlichen Systems ist wegen des Mangels an privater Initiative nicht möglich. Ein Rückgriff auf Führungskräfte aus der Feudalzeit reicht weder aus noch würde er den gewandelten Verhältnissen entsprechen. Die Vielfalt wirtschaftlicher Aufgaben kann nur durch eine staatliche Rahmenplanung ein sinnvolles System erhalten, damit nicht die Wirtschaftspolitik in zusammenhanglose Einzelmaßnahmen abgeleitet. Das russische Beispiel hat damit nur wenig zu tun. Gerade das indische Vorgehen zeigt, daß man sowohl die sozialen Mißstände der ersten Industrialisierungsperiode Westeuropas wie auch die sowjetischen Methoden im Gegensatz zu China zu vermeiden sucht. Selbstverständlich müssen damit die technische Elite wie die Führungskräfte dem planwirtschaftlichen Denkmodell folgen und syndikalistischen Auffassungen zuneigen. Dies ist in Indien nicht anders als in Burma, und das Beispiel der ägyptischen Revolution zeigt, daß stellenweise außer Militärs niemand, ohne durch feudalistische Vergangenheit kompromittiert zu sein, in der Lage ist, die Führung zu übernehmen, oft sehr zum Nachteil des Westens.

Dieses Vakuum läßt erkennen, daß die Schulung und Ausbildung von Führungskräften nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen das vordringlichste Problem ist.

Schulung von technischen und wirtschaftlichen Führungskräften — das zentrale Problem

Eine effektvollere und nachhaltigere Wirkung könnte eine Starthilfe auf dem weiten Sektor der Schulung von 1,6 Milliarden Menschen der farbigen Welt haben. Das eigene Interesse der Afrikaner und Asiaten für ihr persönliches und nationales Ergehen gilt es zu wecken; dazu ist wichtig, daß die Führungskräfte ein inneres Verhältnis zu den vor ihnen liegenden Aufgaben bekommen. Jede Hilfe von außen ist zwecklos, wenn man nicht die menschlichen Kräfte in diesen Ländern zu mobilisieren imstande ist; mit anderen Worten: Es hat keinen Sinn, Produkte der Industrieländer zu vermitteln, ohne zugleich die entsprechenden geistigen und technischen Voraussetzungen für ihre Verwendung zu schaffen.

Das bedingt einmal einen nennenswerten kulturellen Austausch, vor allem auf dem Sektor der Ausbildung. Leider ist hier von deutscher Seite so gut wie nichts Wesentliches getan worden. Der Einsatz größerer Mittel auf diesem Gebiet ist einmal mit der geringsten Gefahr in wirtschaftlicher Hinsicht verbunden, zum anderen ist der Einfluß, den das Gastland den betreffenden Studenten oder Praktikanten vermittelt, von unschätzbarem Wert auch für das Gastland. Es ist nicht zu leugnen, daß die persönlichen Erfahrungen der Führungskräfte einer Nation nicht nur das politische Klima bestimmen können, sondern daß sie auch die künftigen Wirtschaftsbeziehungen maßgeblich beeinflussen. Sowohl die für die höhere akademische und technische Ausbildung zuständigen Stellen wie auch die Unternehmen könnten in dieser Richtung eine größere Aktivität durchaus verkräften. Sprachliche Schwierigkeiten fallen nur anfangs ins Gewicht, lassen sich aber erfahrungsgemäß bald beheben.

Es genügt jedoch nicht, etwa einem Studenten das Rüstzeug zum Hochschulabschluß zu vermitteln; auch ein Minimum an Praxis muß unbedingt mitgegeben werden. Einmal soll er gleich verwendbar sein in einer Umgebung, in der es an Fachkräften mangelt, zum anderen darf er aus eben diesem Grunde nicht mit der in jungen Ländern nur allzu verbreiteten Überheblichkeit gegenüber manueller Arbeit behaftet sein, wenn er in seine Heimat zurückkehrt. Eine unvollständige oder rein theoretische Ausbildung würde Ländern, die von Grund aus aufbauen müssen, gar nichts nützen. Hierin ist Indien mitunter ein negatives Beispiel.

Der erstrebten historischen Verbundenheit zwischen den jungen Nationen und den westlichen Ländern könnte so am besten gedient werden. Deutschland sollte sich nicht mit dem zwanzigsten Teil von dem begnügen, was Großbritannien an Stipendien ausländischen Studenten zur Verfügung stellt.

„Trade“ und nicht „Aid“

Gewiß haftet allen Auslandshilfen der Nachteil an, daß sie überfordert werden können, z. T. nur darum, weil etwa Konkurrenten zugekommen sind und nun mit einem anderen Projekt aufgewartet werden muß, das nicht unbedingt das vordringlichste ist. Durch eine neutrale Instanz hoffte man, dem Übel abzuweichen, und der Special United Nations Fund for Economic Development verdankt seine Entstehung der Hoffnung, technische Entwicklungshilfe weder im karitativen noch im politischen Rahmen erfüllen zu müssen. Die Ergebnisse dieses neutralen Amtes sind bislang bescheiden.

Richtig ist auch, daß in der internationalen Presse immer wieder Milliardenbeträge genannt werden, die für die Entwicklungsländer zur Verfügung gestellt werden. Indessen zeigt eine ernsthafte Analyse, daß die Annahme von internationalen Krediten für die jungen Länder gar nicht einfach ist. Einmal ist es Unternehmen meist nur möglich, über die Regierung und deren schlecht und schwer funktionierenden Verwaltungsapparat Kredite bewilligt und dem Kreditgeber gegenüber garantiert zu erhalten, wie z. B. gegenüber der Weltbank, die nur Anleihen an die Regierungen ihrer Mitgliedstaaten gewähren kann; zum anderen muß die Hilfe im Rahmen der jeweiligen Sdiuldenaufnahmekapazität

liegen. Die Mittel der Weltbank wie auch ihrer Tochterorganisation, der International Financial Corporation, sind aber stets so gut wie erschöpft, so daß sich eine wirklich großzügige Unterstützung kaum ermöglichen läßt.

Die mit den Finanzierungen aus den USA nach jungen Staaten befaßte Export-Import-Bank der USA mit 5 Mrd. Dollar Betriebskapital ist zwar sehr finanzstark, aber die Bindung an Materiallieferungen und Arbeitsleistungen aus den USA macht es den Entwicklungsländern schwer, von den gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, weil die Anlehnung einer isolierten Industrie und der sich daraus ergebende Ersatznachschub oftmals nicht ohne weiteres und ohne Rücksicht auf monetäre Erwägungen angenommen werden kann. Von allen gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten im Auslandshilfsprogramm der USA, z. B. der Mutual Security Agency und der International Cooperation Administration, ist die Export-Import-Bank die vorteilhafteste. Bei der MSA handelt es sich um ein rein militärisches Hilfsprogramm, während die ICA ein bilaterales Abkommen bedingt, in dem politische Verpflichtungen verständlicherweise eine erhebliche Rolle spielen. Auch können Kredite, die nur eine Laufzeit von drei Jahren haben, nicht für langfristige Investitionen herangezogen werden.

Eine einseitige Hilfe, die sich über einen weiten Zeitraum erstreckt, würde von den Nehmenden sehr bald als ein Recht angesehen werden. Solange sie anhält, ist mehr oder weniger alles selbstverständlich; schmälert sie sich aus irgendwelchen Gründen, so führt dies nur zu leicht zu Verstimmungen. Die Folgerung kann nur sein, Wirtschaftshilfe zur Entwicklung niemals einseitig und zu direkt zu gewähren, denn auf lange Sicht können sich hieraus nur Mißverständnisse ergeben.

Es ist völlig verfehlt, von wirtschaftlicher Hilfe eine automatische Reaktion von Dankbarkeit zu erwarten. In internationalen Dingen gibt es keine Dankbarkeit. In den Beziehungen der Völker kommt es ja nicht auf die Beliebtheit einer Nation an, wohl aber auf ihre Vertrauenswürdigkeit.

In diesem Zusammenhang sollten auch die Ostofferten nicht überschätzt werden. Man spricht in diesem Zusammenhang oft von einer „wettbewerblichen Koexistenz“, die sich auf die Wirtschaft verlagere. Es gilt zu bedenken, daß es sich nicht um den Absatz auf dritten Märkten handelt, sondern um ein Ringen der Potentiale jener riesigen Völker, um deren Gunst man wirbt. Der Osten könnte natürlich beachtliche Hilfe bieten, weil er an die Erfordernisse der Marktwirtschaft nicht gebunden ist. Auch ist es für ein totalitäres Regime relativ leicht, entsprechende Kräfte abzukommandieren, und die Sowjetunion verdankt ihren psychologischen Erfolg nicht zuletzt dem Einsatz einer unverhältnismäßig großen Zahl von Technikern, Ingenieuren und Betriebswirten in den jungen Ländern. Sie hat früher als irgendein anderes Land erkannt, daß der Einsatz von Fachleuten, die hinsichtlich der Sprache und Mentalität ihrer Partner gut geschult sind, die höchsten Dividenden einbringt. Wieweit den sowjetischen Offerten tatsächlich eine Verwirklichungsmöglichkeit außerhalb ihres Einflßbereiches innewohnt, bleibt jedoch abzuwarten.

Ein weiteres schwieriges Problem bilden die Exportfinanzierungen. Das gegenwärtig gehandhabte System belastet im Gegensatz zu dem noch vor der Wirtschaftskrise 1929/30 üblichen den Exporteur sowohl mit dem Lieferisiko wie zusätzlich mit dem Finanzierungsrisiko. Außerdem beschränken sich die Finanzierungszusagen an den Exporteur auf einen Zeitraum, der in der Regel fünf Jahre nicht übersteigt. Dies bedeutet, wie das frühere ERP-Ministerium und schon vor ihm auch das Auswärtige Amt in einer Denkschrift betont haben, eine wachsende Verschuldung der betreffenden Wirtschaftskreise an die Banken. Um der einseitigen Begünstigung des Kapitalverkehrs vorzubeugen, der sich aus den mehr oder minder zufälligen verrechnungstechnischen Möglichkeiten ergeben kann, sieht das „Blüchermemorandum“ eine Koordinierung im Rahmen der Europäischen Zahlungsgemeinschaft, d. h. den Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums vor. Es soll dadurch vor allem der mehr oder weniger „erzwungene Kapitalexport“, der sich durch die Annahme von beschränkt austauschfähigen Auslands- und Clearingguthaben ergibt, mög-

lichst auf ein Minimum beschränkt werden. Bei der Ausfuhrkreditanstalt soll für die langfristige Exportfinanzierung, für Kredite also, deren Laufzeit fünf Jahre überschreitet, neben den bestehenden Fonds ein dritter eingerichtet werden, der durch eine Rediskontzusage der Bundesbank (Zentralbank) oder durch die Garantie des Finanzministeriums gesichert wird. An Stelle des fehlenden Kapitalmarktes würde man dann den Geldmarkt heranziehen und die Investitionsbeträge durch wachsende Geldmarktfinanzierung decken.

Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Entfaltung der jungen Länder auch finanziell in erster Linie aus eigener Kraft erfolgen muß, und die Partnerschaft des Westens sollte sich finanziell in kaufmännischen Größenordnungen bewegen. Man wird dabei dem Wunsch der Länder nach politischer Unabhängigkeit am ehesten entsprechen. Die globalen Planungen der Staaten auf das Notwendige zu beschränken, wird sich vorerst nicht vermeiden lassen. Die Finanzierung von Entwicklungshilfen muß dabei die Aufgabe des auftragerteilenden Landes bleiben, und es ist den jungen Ländern überlassen, die Voraussetzung ihrer gesunden Entwicklung durch Stabilität der Währung und der sozialen Verhältnisse selbst zu gewährleisten. Dies bedeutet andererseits, daß die Industrieländer, die bisher wohl nur Chancen des Exports wahrgenommen haben, wo die Früchte dem billigsten zu haben waren, sich in Zukunft bemühen müßten, die Möglichkeiten auch für den westlichen Kapitalmarkt organisch über die staatlichen Kreditinstitutionen als Bürgen zu erschließen. Bislang ist weder der Kapitalexport im möglichen Ausmaß gefördert worden, noch wurde in der so kapitalfreudigen Steuergesetzgebung ein entsprechender Anreiz für die Unternehmen in dieser Richtung geboten.

Die Sicherung der Interessen ist nur durch das gegenseitige Vertrauen bis zur Entstehung einer weitgehenden Verflechtung der Weltwirtschaft auf einer neuen, höheren Ebene wirtschaftlicher Entwicklung möglich. Von einer solchen wird man in naher Zukunft noch nicht reden, solange die Menschenmassen der Entwicklungsländer noch nicht im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl in den Welthandel eingeschaltet sind.

Weder eine internationale Charta zum Schutze des Kapitals noch ein Zusammenschluß der kapitalgebenden Länder wird in dieser Richtung viel ändern können, solange die umfassende Verbundenheit mit dem Weltmarkt noch nicht besteht; keines dieser Länder wird gezwungen sein, Eigentumsbegriffe etwa nicht anzuzweifeln, da man angesichts einer korrupten feudalistischen Vergangenheit ein starkes Rechtsbewußtsein im Zustande des Hungers nur den wenigsten zumuten kann.

Wie Kapitalien selbst nicht in Gefangenschaft gehen, so werden auch Nationalisierungen niemals ausgeschlossen werden können. Solange die Staaten eine unverzügliche Entschädigung gewähren, die den tatsächlichen Wert von Anteilen berücksichtigt, wird auch niemand etwas dagegen haben, wenn Kapitalien wieder für andere Objekte verfügbar werden. Dies setzt jedoch von vornherein voraus, daß nationale Instanzen der Entwicklungsländer Bürgschaftsträger sind.

BERTRAND RUSSELL

Wir müssen lernen, umzudenken. Wir müssen lernen, uns nicht die Frage vorzulegen, welche Schritte getan werden können, um der Gruppe, die wir bevorzugen, den militärischen Sieg zu verleihen, denn solche Schritte gibt es nicht mehr. Die Frage, die wir uns vorlegen müssen, lautet: Welche Schritte können unternommen werden, um eine militärische Auseinandersetzung zu verhindern, deren Ergebnis für alle Seiten katastrophal sein müßte?